

Handelsblatt print: Nr. 213 vom 03.11.2020 Seite 008 / Politik

MILLIARDENDEFIZIT

Kommunen warnen vor Finanzlücke

Martin Greive, Jan Hildebrand

Den Städten und Gemeinden droht in den kommenden beiden Jahren wegen der Coronakrise eine dramatische Finanzlage. "Wir gehen aktuell für das Jahr 2021 von einer Finanzierungslücke der Kommunen zwischen Einnahmen und Ausgaben von gut zehn Milliarden Euro aus", erklären die Präsidenten der drei kommunalen Spitzenverbände in ihrer neuen Finanzprognose, die dem Handelsblatt vorliegt. Angesichts des hohen Defizits fordern die Kommunalverbände für die nächsten Jahre weitere Finanzhilfen.

Die Unterstützung wie die Erstattung der wegbrechenden kommunalen Gewerbesteuer durch den Bund und die Länder ist bislang auf dieses Jahr befristet. "Wenn die Kommunen nicht schnell Hilfszusagen bekommen, bedeutet dies zwangsläufig drastische Kürzungen in den Haushalten - und das ausgerechnet bei den Investitionen", schreiben die Präsidenten Burkhard Jung (Deutscher Städtetag), Reinhard Sager (Deutscher Landkreistag) und Ralph Spiegler (Deutscher Städte- und Gemeindebund) weiter. "Das würde den Aufschwung gefährden. Deshalb benötigen wir rasche Zusagen für Unterstützung."

Detaillierte Zahlen für die Jahre 2021 und 2022 legen die drei Verbände aufgrund der Unsicherheiten durch die Pandemie nicht vor. Aber schon eine grobe Schätzung ergebe das Defizit von zehn Milliarden Euro jährlich. Und damit ergibt sich aus Sicht der Verbände auch akuter Hilfsbedarf. Solange über Hilfen für 2021 und 2022 nicht entschieden sei, "ist die Planungsunsicherheit für die Kommunalhaushalte immens groß", beklagen die Verbände.

Im laufenden Jahr hatte der Bund zusammen mit den Ländern einen Rettungsschirm für die Städte und Gemeinden gespannt. So werden vor allem die wegbrechenden Gewerbesteuereinnahmen ausgeglichen. Hierfür stellen Bund und Länder rund elf Milliarden Euro 2020 zur Verfügung. Die Große Koalition hatte zudem in ihrem Konjunkturpaket beschlossen, dass der Bund die Kommunen bei den Sozialausgaben weiter entlastet. Dafür wendet der Bund jährlich rund vier Milliarden Euro auf.

Für das laufende Jahr rechnen die Verbände aufgrund der Finanzhilfen nur mit einem geringfügigen Defizit von einer halben Milliarde Euro. Die Städte und Gemeinden leiden besonders unter der Coronakrise. Einerseits brechen die Einnahmen dramatisch ein. Das zeigt sich vor allem bei der Gewerbesteuer, der wichtigsten Einnahmequelle. In diesem Jahr rechnen die Verbände hier mit einem Minus von rund 24 Prozent. Auch bei anderen Einnahmequellen wie Gebühren sieht es düster aus. Wenn Schwimmbäder und Theater geschlossen sind, kommt hier kein Geld in die Kasse. Gleichzeitig gibt es steigende Ausgaben. So müssen die Kommunen insbesondere für den Gesundheitsbereich und den Infektionsschutz mehr aufwenden.
Martin Greive, Jan Hildebrand

*Greive, Martin
Hildebrand, Jan*

Quelle:	Handelsblatt print: Nr. 213 vom 03.11.2020 Seite 008
Ressort:	Politik
Dokumentnummer:	074CE9B5-1720-4D9B-8E7C-B73E9B0C0882

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://archiv.wiwo.de/document/HB_074CE9B5-1720-4D9B-8E7C-B73E9B0C0882%7CHBPM_074CE9B5-1720-4D9B-8E7C-B

Alle Rechte vorbehalten: (c) Handelsblatt GmbH - Zum Erwerb weitergehender Rechte:
nutzungsrechte@handelsblattgroup.com

© GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH